

Bad Boll 7.12.18
Begrüßung, Bärbel Illi

Sehr geehrte Damen und Herrn,

ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich der Einladung zur Tagung gefolgt sind und sich die Zeit nehmen, das Thema Antisemitismus von rechts tiefergehend anzuschauen.

Lieber Herr Mayer-Ernst,
im Namen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Region Stuttgart e.V. bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen und der Evangelischen Akademie Bad Boll, dass Sie uns als Kooperationspartner zur Tagung eingeladen haben. Wir sind gerne dabei und freuen uns auf die Diskussionen. Wir bedanken uns ebenfalls bei dem Kooperationspartner Projekt „Antisemitismus und Protestantismus“ der Evangelischen Akademien in Deutschland.

Herzlich grüße ich die Referierenden der Tagung, Frau Zhubi, Frau Hammel, Herr Dr. Blume, Herr Grimm, Herr Snel und Herr Prof. Dr. Morgenstern.

Es wird hie und da behauptet, der muslimische Antisemitismus sei der gefährlichere, - gefährlicher als der Antisemitismus von extrem links, von rechts-außen oder von woanders her. Deshalb sei die AfD auch nicht wirklich gefährlich. Dem widerspreche ich nachdrücklich.

Antisemitismus zielt immer auf Vernichtung, egal in welchem Gewande er daher kommt. Deshalb ist es auch unnötig zu diskutieren, welcher Antisemitismus der gefährlichere ist. Antisemitismus ist immer eine Gefahr für die Jüdinnen und Juden, für die Demokratie und für uns alle.

Die AfD ist gefährlich, weil sie sich auf den latent in fast der gesamten deutschen Gesellschaft vorhandenen antisemitischen Resonanzraum stützen kann. Die Gesellschaft der TäterInnen und ihrer Nachfahren hat den antisemitischen Nährboden nie wirklich beseitigt. Mit der AfD sitzt nun eine Partei im Parlament, die offene Antisemiten und Israelfeinde in ihren Reihen duldet, Netzwerke bis weit nach ganz rechts-außen knüpft, die das Schächten verbieten will, die einen Schlussstrich unter den Holocaust fordert, die die Demokratie verächtlich macht und Verschwörungsdenken verbreitet.

Gerne möchten sich manche in der AfD ein Israel-solidarisches Mäntelchen umhängen. Die DIG macht dabei nicht mit. Die Hauptversammlung der DIG (nationale Ebene) am 11.11.17 schätzte es so ein:

„Gegenwärtig versuchen politische Kräfte in Deutschland, jüdische Gemeindemitglieder und Freunde Israels unter der Flagge der „Unterstützung Israels“ für ihre Kampagne gegen Einwanderung, gegen „Überfremdung durch den Islam“, gegen die „islamische Gefahr“ einzuspannen, Bündnisse einzugehen, und dafür auch in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft tätig zu werden. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist sich mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland einig: wir lehnen jede Form von Islamfeindlichkeit ab! Denn Rassismus, grundsätzliche pauschale Ablehnung und Bekämpfung von Islam und Muslimen haben die gleichen trüben Quellen wie der Antisemitismus, sie vergiften und gefährden unsere Gesellschaft insgesamt.“

Als Leitlinie der DIG wurde beschlossen:

„Die Deutsch-Israelische Gesellschaft schließt jede Zusammenarbeit mit Parteien aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrum aus. Dies gilt explizit auch für die AfD.“

Allen die meinen, in der AfD gebe es doch auch Israelfreunde und nicht alle seien Antisemiten, empfehle ich die Ergebnisse der Mitte-Studie (FES, 2016) zur Kenntnis zu nehmen. Unter den Wählerinnen der Parteien von CDU bis zur Linken teilen um die 20 Prozent antisemitische Vorstellungen, die sich auf Israel beziehen. Unter den AfD Wählern stimmt jedoch die Hälfte solchen Ansichten zu, genau 47 Prozent.

Eine Israelfahne hat auch die rechtsextreme Bürgerbewegung Pax Europa hat bei ihren öffentlichen Auftritten immer dabei. So auch Mitte November als der mehrfach wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Beschimpfung von Religionsgesellschaften vorbestrafte und vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtete Journalist Michael Stürzenberger in Stuttgart gegen Muslime und Moscheen agitierte. Er lobte dort ausdrücklich die Kreuzzüge, sie hätten Jerusalem für die Christen wieder zugänglich machen wollen. Die Kreuzzüge hätten nur einen Fehler gehabt, dass sie 400 Jahre zu spät kamen. Dass die Kreuzzügler auf dem Weg von Europa nach Jerusalem 12.000 Juden ermordeten, ist ihm nicht der Rede wert. Ein merkwürdiger Israelfreund!

Auch die israelische Botschaft wehrt sich dagegen, dass Israel wird immer wieder von Rechtsradikalen instrumentalisiert wird, die den jüdischen Staat für ihren "Krieg gegen den Islam" vereinnahmen wollen. Botschafter Issacharoff erklärt, dass die Botschaft trotz verschiedener Anfragen keinen Kontakt zur AfD habe. Dass Rechtspopulisten Israel immer wieder für seinen Kampf gegen islamistischen Terror loben, ändere nichts daran. Er sagt: „Wenn man sich pro-israelisch gibt, bedeutet das noch lange nicht, dass damit andere Verhaltensweisen toleriert werden können.“

Rechtspopulisten irren gewaltig, wenn sie in ihrem Kampf gegen den Islam Israel an ihrer Seite wännen. Israel führt keinen Kampf gegen den Islam! Im Gegenteil, alle Regierungen in Israel bemühen sich schon immer um ein gutes Einvernehmen mit dem moslemischen Teil der Gesellschaft. 17 Prozent der Israelis sind Moslems. Sie genießen Religionsfreiheit wie auch alle anderen Minderheiten. Es gibt heute 400 Moscheen in Israel, ihre Anzahl ist seit 1988 um das Fünffache gewachsen. Der jüdische Staat zahlt die Gehälter von 300 Imamen und Muezzins. Die Regierung stellt die Koranbücher in den Moscheen bereit und finanziert die arabischen Schulen und viele islamische Schulen und Colleges. An diesen Schulen werden die Fächer islamische Studien und arabisch gelehrt, sowie das allgemeine Curriculum, das das israelische Erziehungsministerium vorgibt.

Der islamistische Antisemitismus ist natürlich sehr gefährlich, auch in Deutschland gibt es Terror und Übergriffe von Moslems und nicht umsonst wird heute jeder Weihnachtsmarkt gegen Terrorangriffe gesichert. Gewalt, die sich aus antisemitischem Hass speist, kennen wir jedoch auch von rechts-außen: Das Attentat auf das Oktoberfest 1980, Schändungen von Friedhöfen, Anschläge auf Synagogen und aktuell der Verdacht, dass es in der KSK rechtsradikale Verschwörer gibt, die den Hitlergruß zeigen.

Auch der radikale, gegen Israel gerichtete Antisemitismus von rechts birgt große Gewaltgefahr. Udo Voigt von der NPD fordert, dass Israel als „Terrorstaat“ eingestuft wird. Die rechtsextremistische Gruppe Dritter Weg unterstützt die BDS-Kampagne. Ziel des

Boykotts ist es einen angeblichen Rückkehranspruch von 5 Mio Palästinenserinnen durchzusetzen. Israel wäre dann als jüdischer Staat am Ende. Jüdinnen wären wieder Dhimmis in einem mehrheitlich moslemischen Land. Boykotteurinnen wollen den Juden also auch die Lebensversicherung kaputt machen, die Israel im Fall der Fälle für alle Jüdinnen auf der Welt bietet.

Wir werden sicher auch die Frage diskutieren, ob es wirklich nötig ist, dass Netanyahu immer wieder auch rechtspopulistische Regierungen besucht, wie Ungarn und Brasilien oder Autokratien wie Oman. Michael Wulliger von der Jüdischen Allgemeinen hat sich diese Frage auch gestellt. Er sagt, „solche Leute würde ich nicht mal mit der Kneifzange anfassen.“ Aber, gibt er zu bedenken, in der Politik ist nicht Moral der Kompass, sondern die Interessen des Staates. Staaten können sich nicht aussuchen, mit wem sie es zu tun haben wollen. Ich füge hinzu, dass Israel auch deshalb auf solche Autokraten angewiesen ist, weil die europäischen Demokratien Israel zu oft im Stich lassen.

Die EU ächtet zwar Terrorismus und stuft die Hamas als Terrororganisation ein. Sie finanziert jedoch mindestens mittelbar palästinensische Terroristen und palästinensische Schulbücher, die Terror verherrlichen. Das viele Geld, das die EU an die Palästinensische Autonomiebehörde kontinuierlich zahlt, wird nicht kontrolliert, obwohl Frau Mogherini der Vorwurf durchaus bekannt ist, dass die PA die Familien von Terroristen alimentiert. Auch die EU-Verordnung (2015), Produkte aus den umstrittenen Gebieten besonders zu kennzeichnen, richtet sich direkt gegen Israel, - und nur gegen Israel, nicht gegen Marokko, das die Westsahara besetzt oder Russland, das die Krim annektiert hat. Selbst die israelische Opposition kritisiert die Entscheidung als antisemitisch, die EU gebe dem Druck der Boykottbewegung nach, sagt zum Beispiel Yair Lapid von der liberalen Partei Yesh Atid.

Sehr geehrte Damen und Herrn, ich möchte zum Schluss die große Gefahr betonen, in der sich Israel befindet. Der Holocaust kann sich wiederholen. Israel und damit 6 Mio Jüdinnen und Juden werden tagtäglich beschimpft und bedroht, Hisbollah, Hamas und der Iran haben Hunderttausende Raketen auf das Land gerichtet.

Es ist deshalb gut und sehr wichtig, dass die Bundeskanzlerin erklärt, die Sicherheit Israels sei Teil der deutschen Staatsräson. Gleichzeitig verbündet sich die Bundesregierung jedoch immer enger mit dem gefährlichsten Regime der Welt, dessen Nuklearpotential die Existenz Israels unmittelbar bedroht. Archivmaterial, das beweist, dass das Mullahregime sich in ganz kurzer Zeit in die Lage versetzen kann, auf den Atomknopf zu drücken, ignoriert die Bundesregierung einfach.

Kein Wunder, dass in der Bevölkerung die Abneigung gegen Israel wächst. Israel führe einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser meine 40 Prozent der deutschen Bevölkerung. Israel gefährde den Weltfrieden ist Mehrheitsmeinung in Deutschland. Eine Studie des CNN brachte zum Vorschein, dass aktuell nur 54 % der Europäer das Existenzrecht Israels anerkennen. Die Beschlüsse des Bundes- und des Landtags, dem Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten, sind also sehr, sehr wichtig. Sie reichen jedoch bei Weitem nicht aus. Alle bisherigen Bundesregierungen haben Israel immer mal wieder im Regen stehen lassen und manches Mal auch geschadet. Ich meine, wenn wir den Antisemitismus wirklich ernsthaft bekämpfen wollen, muss auch die Politik gegenüber Israel freundlicher werden.